

Ü B E R S E T Z U N G

Bearbeitung: RR 'n Meier

Schwedischer Reichstag

*Ansprache von Dr. Björn von Sydow,
Präsident des Schwedischen Reichstages,
auf der Konferenz der Europäischen Parlamentspräsidenten in Den Haag, 2.-3. Juli 2004*

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Entwicklungen in der Zusammenarbeit der Parlamente der EU

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Monaten gab es gute und schlechte Nachrichten in der europäischen Politik.

Die gute Nachricht ist natürlich, dass wir uns auf eine neue Verfassung für die Europäische Union geeinigt haben. Indem wir die Entscheidungsfähigkeit der erweiterten EU illustriert haben, haben wir ein wichtiges Signal an die Öffentlichkeit in allen Mitgliedstaaten gesendet. (Die jüngsten Meinungsumfragen von Eurobarometer zeigen, dass das Vertrauen in die EU nicht an allerhöchster Stelle steht – um es einmal mild auszudrücken.)

Die schlechte Nachricht ist, dass die durchschnittliche Wahlbeteiligung an den vor kurzem stattgefundenen Wahlen zum Europäischen Parlament die niedrigste seit den ersten Direktwahlen

zum Europäischen Parlament im Jahre 1979 war. Dieses Ergebnis ist Teil einer ständig sinkenden Kurve für die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen.

Die Wahlbeteiligung bei den nationalen Wahlen in den Mitgliedstaaten ist ebenfalls zurückgegangen, obwohl sie bei einem sehr viel höheren Punkt ansetzt. Glücklicherweise ist jedoch bei den letzten Wahlen das Ergebnis in rund der Hälfte aller EU-Länder (Europa der 15) angestiegen.

Was die ehemaligen kommunistischen Länder angeht, war das Ergebnis bei den ersten freien Parlamentswahlen hoch. Seitdem hat sich die Wahlbeteiligung auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert oder ist in einigen Ländern bei jeder Wahl zurückgegangen.

Als Volksvertreter in dieser riesigen Gemeinschaft stehen wir vor einer großen Herausforderung. Wie fördern wir den Dialog zwischen Bürgern und Politikern in der erweiterten EU? Wie sichern wir die Demokratie, die eigentliche Grundlage unserer großen Gemeinschaft?

Die Union trifft Entscheidungen, die das Alltagsleben ihrer Bürger beeinflussen. Aber wer repräsentiert die Bürger in der EU? Die nationalen Parlamente oder das Europäische Parlament? Meiner Ansicht nach ist die Antwort „beide“. Wir haben unterschiedliche Mandate und Rollen, aber unsere grundlegende Verantwortung ist dieselbe, nämlich die Demokratie zu wahren.

Die geringe Wahlbeteiligung an den Wahlen zum EP sollte daher ein Alarmsignal für uns alle sein, die wir hier und heute versammelt sind.

Bei den Anstrengungen zur Stärkung der Legitimität der EU sind die nationalen Parlamente auf eine Art und Weise in den Blickpunkt gerückt, wie es noch nie zuvor der Fall gewesen ist. Wir müssen uns der bedeutenden Rolle bewusst werden, die wir bei unseren Kontakten zu den Bürgern der EU spielen.

Die nationalen Parlamente müssen die diskutierten Themen und Beschlüsse der europäischen Institutionen auf die nationale politische

Tagesordnung übertragen. Und dies sollte bereits zu einem frühen Zeitpunkt innerhalb des Prozesses geschehen, bevor ein Beschluss getroffen wird, wenn es immer noch möglich ist, Einfluss auf das Ergebnis auszuüben. Offene Diskussionen tragen zu einem besseren Verständnis unserer jeweiligen Positionen und Ansichten bei. Die Parlamente müssen ein Netz für die europäischen politischen Diskussionen bilden. Die Arbeit in der Athen-Gruppe ist ein erster Schritt im Rahmen dieses Prozesses.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

fast ein Jahr ist vergangen seit der Gründung unserer Arbeitsgruppe durch die EU-Parlamentspräsidentenkonferenz in Athen. Ihr Mandat bestand darin, Formen für eine besser strukturierte Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten der Europäischen Union zu untersuchen. Die Athen-Gruppe hat ihre Arbeit jetzt abgeschlossen. Wie auf der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU in Athen vereinbart, werde ich ihre Empfehlungen hier vorstellen.

Bevor ich jedoch damit beginne, möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen engagierten Teilnehmern und ihren Mitarbeitern für ihre konstruktiven Beiträge und Anmerkungen während der ganzen Zeit zu danken. Meinesteils kann ich sagen, dass mir die Arbeit Spaß gemacht hat.

Die Grundlage für unsere Arbeit war der Protokollentwurf des Europäischen Konvents über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union. Im Protokoll ist zu lesen: *„Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.“*

Ein weiterer wichtiger Ausgangspunkt war die Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente wie im Verfassungsvertrag vorgeschlagen, nicht zuletzt, um sicherzustellen, dass dieser Prozess in Zukunft effizient funktionieren wird.

Aber auch ungeachtet des Subsidiaritätsmechanismus ist es jedoch notwendig, die Zusammenarbeit zwischen unseren Parlamenten zu vertiefen, um die wirksame Ausübung der parlamentarischen Befugnisse in EU-Angelegenheiten zu gewährleisten und die nationalen Parlamente gegenüber unseren Regierungen zu stärken; obgleich wir alle in parlamentarischen Demokratien leben, in denen die Regierungen sich auf die politische Situation im Parlament zur Ausübung ihrer exekutiven Befugnisse stützen.

Es ist nicht meine Absicht, die Texte im Einzelnen durchzugehen. Der Bericht und die Richtlinien, auf die wir uns am 17. Mai in Straßburg geeinigt haben, wurden vorab an Sie verteilt.

Dennoch möchte ich kurz auf einige zentrale Punkte in diesen beiden Dokumenten eingehen. Wir geben folgende Empfehlungen:

- Die Konferenz der Europäischen Parlamentspräsidenten sollte im Hinblick auf die Koordinierung der interparlamentarischen EU-Aktivitäten eine verstärkte Rolle übernehmen und die Gesamtzuständigkeit haben.
- Das Gastparlament für die bevorstehende Konferenz der Europäischen Parlamentspräsidenten sollte eine koordinierende Funktion übernehmen.
- Die Konferenz der Parlamentspräsidenten sollte Richtlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit empfehlen, die sich mit dem Rahmen und den praktischen Vorkehrungen befassen.

Was die vorgeschlagenen Richtlinien anbelangt, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Rahmen für eine künftige Zusammenarbeit lenken. Die interparlamentarischen Aktivitäten werden an einer breiten Front geführt. Wir schlagen folgenden Rahmen vor:
Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten

Treffen der Fachausschüsse

COSAC

Gleichzeitige Aussprachen in interessierten Parlamenten

Generalsekretäre

IPEX

Vertreter der nationalen Parlamente in Brüssel

EZPWD

Ich möchte betonen, dass eine Anhebung der Anzahl der Sitzungen und Konferenzen nicht ein Ziel an sich ist. Es ist im Gegenteil erforderlich, dass wir die Arbeit in unseren Parlamenten nicht duplizieren. Wir müssen auch gewährleisten, dass die mit einer bestimmten Angelegenheit befassten Parlamente diejenigen sind, die sich an der interparlamentarischen Arbeit beteiligen. Ein besserer Überblick über die Aktivitäten ist von großer Bedeutung. Dies wird es leichter machen, Prioritäten zu setzen und sich auf die Fragen zu konzentrieren, die wir für wichtig erachten.

Der Minimalkonsens ist, dass Parlamentarier, die sich mit einer bestimmten Frage beschäftigen, ihre Meinungen austauschen müssen. Dies geschieht auf natürliche Art und Weise zwischen den Fachausschüssen. Ein gutes Beispiel, wie wir in Zukunft arbeiten können, ist die interparlamentarische Konferenz über Straßensicherheit, die im Mai stattgefunden hat. An ihr nahmen Abgeordnete der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments, die sich mit diesem Politikgebiet beschäftigen, teil.

Einige Ausschüsse verfügen bereits über bestehende Netze, wie die Umweltausschüsse und die Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse. Es gibt auch andere existierende Netze außerhalb der Ausschüsse, beispielsweise für Chancengleichheit. Und die Europaausschüsse treten natürlich in der COSAC zusammen.

Ein wichtiges Instrument für die Zusammenarbeit wird IPEX sein (der Interparlamentarische Austausch von EU-Informationen). Die IPEX-Website wird eine gemeinsame Plattform für den elektronischen Austausch EU-bezogener Informationen sein. Sie wird einen

Sitzungsplan und Foren für den Meinungsaustausch zu Fragen wie der Subsidiaritätskontrolle beinhalten.

Ich denke, es ist von äußerst großer Bedeutung, dass die Mitarbeiter in unseren Parlamenten unsere Unterstützung bei der wichtigen Aufgabe der Erstellung und Veröffentlichung der IPEX-Website wie geplant im Frühjahr 2005 erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit einer breiteren Beteiligung an EU-Angelegenheiten wird die EU eine größere Legitimität erhalten und nicht nur als etwas angesehen werden, dass nur für eine „EU-Elite“ ist.

Unsere Arbeit des letzten Jahres ist nur der erste Schritt eines Prozesses in Richtung auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten sowie den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament. Es ist noch viel Arbeit zu tun. Es ist an uns allen, die im Bericht und den Richtlinien dargelegten Ideen Wirklichkeit werden zu lassen.

Ich glaube jedoch, dass wir mit der hier vorgestellten Arbeit über eine solide Grundlage verfügen, auf der wir eine weitere Zusammenarbeit entwickeln können.

Ich gebe mit warmen Händen und mit Zuversicht die Staffel an unseren ungarischen Kollegen weiter, damit er uns in die nächste Phase führt.

Ich danke Ihnen.